



## Trauma Vietnam-Krieg

Er spielt Jazz und malt. Billy Curmano vom Mississippi versucht so – allerdings meist vergeblich –, seine Alpträume über den Krieg loszuwerden, in den er als 19-Jähriger ziehen musste. **Seite 3**



## Linke und Gewalt

Knallende Böller, brennende Autos = Renaissance linker Gewalt? ND dokumentiert eine der kontroversesten Debatten des Pressefests über Sinn und Unsinn solcher Gleichungen. **Seite 15**



## Arbeitsrecht

Mutterschutz auch bei befristeten Verträgen? / Wann ist die Kündigung der Datsche rechtmäßig? / ND-Serie: Sparen

## Standpunkt

### Heißer Sommer

Von Gabriele Oertel

Während es der DGB in schöner jährlicher Regelmäßigkeit bei der Ankündigung eines heißen Herbstes belässt, haben beim Mieterbund schon jetzt Außentemperaturen und Gefühlslage beachtliche Übereinstimmung erreicht. Man muss ein gutes Gedächtnis bis zum Beginn der 90er Jahre haben, um sich solch kämpferischer Töne beim Dachverband von 322 Mietervereinen im Land zu erinnern. Als Irmgard Adam-Schwaetzer von der FDP Bundesbauministerin war, lieferte der Mieterbund wohl zum letzten Mal so etwas wie Fundamentopposition einschließlich diverser Mieterproteste ab.

Jetzt, da die FDP erneut ihren vermierterfreundlichen und damit mieterfeindlichen Kurs in der Koalition durchzusetzen gedenkt, hat einer der größten Verbände im Lande angesichts von Wohngeldkürzung, drastisch eingedampfter Städtebauförderung und drohenden Wohnungsgespässen sein Widerstandspotenzial neu entdeckt. Im Bundestag, Bundesrat und an der eigenen Basis will er den sozialpolitischen Kahlschlag zu Lasten der Mieter im Allgemeinen und der ärmsten Haushalte in Besonderen offensiv bekämpfen.

Der sonst eher auf Ausgleich bedachte Mieterbundpräsident verspricht gar, den koalitionsären Abgeordneten »lästig« zu werden. Das lässt hoffen, dass die Rechnung der Kanzlerin mit der Vergesslichkeit des Wahlvolkes über die Sommerpause nicht aufgeht. So sich noch mehr Interessenvertretungen für zeitweilige Lästigkeit entscheiden.

## Unten links

Es ist, natur- und turnusgemäß, wieder da. Das Sommerloch. Martin Heidegger ist dessen Theoretiker, er sprach immer schon vom Dasein als dem »Hingehaltensein in das Nichts«. Dieses Nichts ist groß genug, dass nun sogar ein ganzes Parlament darin verschwindet. Von der Regierung hat man schon lange den Eindruck, sie sei nichts. Gar nichts. Früher hieß das Sommerloch Sommerfrische, aber da gab es ja auch noch nicht das ZDF-Sommerinterview. Es ist alljährlich nur ein kleines, aber doch stur wiederkehrendes Beispiel dafür, dass eine Sache völlig überflüssig, aber trotzdem sehr trocken sein kann. Bei den derzeitigen Hitzelasten – die wegen Brandgefahr in den Schwimmbädern sicher bald zum Rauchverbot unter Wasser führen werden – meint man zu spüren, was der Dichter schrieb: »Die Schultern der Städte knacken.« So Georg Heym, der im Januar 1912 auf der zugeföhrenen Havel einbrach und ertrank. Man kann also nicht früh genug warnen: Vorsicht vorm Winterloch! *hades*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

# Mieterbund auf Oppositionskurs

Rips: Schwarz-gelbe Sparpläne im Wohnungsbereich sind ein sozialpolitischer Kahlschlag

Von Gabriele Oertel

Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat am Dienstag vor der Presse in Berlin »Frontalopposition« gegen die schwarz-gelbe Wohnungspolitik angekündigt. Es werde Zeit, so DMB-Präsident Franz-Georg Rips angesichts der koalitionsären Sparpläne, »dass diese Regierung aus dem Amt kommt«.

Es gebe Grenzen, schimpfte der Mieterbund-Präsident. Seien die unterschritten, werde sein Verband aktiv gegen die Bundesregierung werden, »die weder bereit noch in der Lage ist, vernünftige Politik zu machen«. Die fehlende Bereitschaft macht Rips insbesondere an Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) fest, der sich »offensichtlich wenig von der Historie der eigenen Partei beeindruckt zeigt, die jahrzehntelang als mieterfreundlich galt«. Den Vorwurf mangelnder Fähigkeit erhebt der DMB-Präsident nach einer Verbändeanhörung in der vergangenen Woche, bei der die einladende Bundesregierung nicht einmal in der Lage gewesen sei, verbindliche Zahlen zu nennen.

Das Gebäude der Wohnungs- und Städtepolitik werde abgerissen oder erhalte zumindest Risse, erklärte Rips und verwies auf die niedrigsten Fertigstellungszahlen seit Bestehen der Bundesrepublik im Wohnungsneubau, die mit dem Sparpaket geplanten Kürzungen der Mittel für Coz-Gebäudesanierung und Städtebauförderung um 50 Prozent – und vor allem das beabsichtigte Minus beim Wohngeld um 40 Prozent. »Wer Wohngeld kürzt, kürzt bei den einkommensschwächsten und ärmsten Haushalten im Land«, erklärte der eroberte Verbandschef. Und führte angesichts der Tatsache, dass fast die Hälfte der bis zu 900 000 Wohngeldbezieher im Land Rentner sind, die lauthals verkündete



Energetische Sanierung – 2009 gab's 2,2 Milliarden Euro. 2011 sollen es nur noch 450 Millionen sein.

Foto: dpa

Versicherung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ad absurdum, Rentner seien vom Sparpaket nicht betroffen.

Nach Schätzungen des Mieterbundes müssten Wohngeldempfänger monatlich mit durchschnittlich 40 bis 50 Euro weniger rechnen. Dies nannte Rips einen »unerträglichen Eingriff« und »beispiellosen Akt sozialer Kälte«. Ganz abgesehen davon, dass beim Wohngeld nicht nur der Bundesanteil von 800 auf 491 Millionen Euro gesenkt werden soll und ob der Länder-Ko-Finanzierung also eine 600-Millionen-Euro-Kürzung ins Haus steht,

sieht der Mieterbund nicht nur ein Einsparungsgesetz. Es fänden auch erhebliche Lastenverschiebungen zum Nachteil der Städte und Gemeinden statt, erläuterte Rips. Während der Bund sich immer mehr aus der Wohngeldzahlung zurückziehe, drohten den Kommunen bei Grundsicherung und ALG II drastisch steigende Ausgaben.

Was womöglich dem Mieterbund, der die geplante Wohngeldkürzung »mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen« will, neue Bündnispartner beschere kann. Denn dass der Städte- und Gemeindebund angesichts

der zusätzlichen Belastungen Hurra schreit, steht nicht zu fürchten. Und überdies kann sich Rips auch der Unterstützung der Wohnungswirtschaft sicher sein, wenn es darum geht, die unsozialen Sparpläne spätestens im Bundesrat zu stoppen. Ob das dann allerdings auch für Vorhaben der Koalition gilt, das Mietrecht – etwa bei Kündigungsfristen und Mietminderung wegen energetischer Sanierung – zugunsten der Vermieter zu verändern, steht in den Sternen. Referententwürfe dafür, weiß Mieterbund-Direktor Lukas Siebenkotten, liegen bereits in den Ministerien.

# Ungebremster Naturraubbau durch Konzerne

UNO fordert von den großen Wirtschaftsunternehmen mehr Einsatz für den Schutz der Umwelt

Die UNO hat die Wirtschaft weltweit zu einem verstärkten Engagement für den Erhalt der Umwelt und der Artenvielfalt aufgerufen. Andernfalls drohten den Konzernen hohe Verluste.

London (Agenturen/ND). Der UNO-Appell an die Wirtschaft ist das Ergebnis einer Studie, die am Dienstag in London bei einer internationalen Konferenz für Artenvielfalt und Biodiversität vorgestellt wurde. Unternehmen müssen sehr viel stärker in den Umweltschutz investieren, wenn sie auf lange Sicht Profit erwirtschaften wollten.

»Wir erreichen nun eine Ära, in der die Verluste von Billionen von Dollar bei den natürlichen Ressourcen beginnen, die Märkte zu prägen und Bedenken bei den Kunden auslösen«, sagte UN-Umweltchef Achim Steiner zu der vom Umweltprogramm UNEP geförderten Untersuchung in London. Nach Angaben der UNO verursachen derzeit allein die 3000 größten Unternehmen der Welt jährlich Umweltschäden in Höhe von 2,2 Billionen Dollar. In der »Süddeutschen Zeitung« warf Steiner den größten Konzernen schwere Versäumnisse vor. »Das natürliche Kapital der



Modernes Menetekel: verölter Pelikan aus dem Golf von Mexiko

Foto: dpa

Welt wird im großen Stil vernichtet«, warnte er. Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko steht laut UNO für weit mehr als die Probleme eines einzelnen Konzerns: Denn noch immer schenke die Wirtschaft weltweit dem Natur- und Artenschutz kaum Beachtung.

»Der Raubbau an der Natur durch die Wirtschaft setzt sich seit

Jahren ungebremst fort«, kritisierte Steiner. Wildnis, Arten, Lebensräume und Ökosysteme verschwänden in nie da gewesenem Tempo. In vielen Konzernen gelte noch immer die Devise: Natürliche Ressourcen sind unerschöpflich. »Dabei müssen wir längst schmerzhaft spüren, dass das nicht mehr stimmt.«

Eine aktuelle UNEP-Schätzung kommt zu dem Ergebnis, dass die Arten heute 100 Mal schneller aussterben, als es die Evolution vorgibt. In internationalen Großkonzernen zumindest in Westeuropa löst das laut der neuen Studie allerdings kaum Sorgen aus. Von 1100 Spitzenmanagern befürchtet nur jeder Vierte, Artensterben und der Verlust ganzer Ökosysteme könnten das eigene Geschäft beeinträchtigen. Eine Ausnahme sind Lateinamerika und Afrika, wo jeweils rund die Hälfte der befragten Manager angab, der Verlust der Artenvielfalt und natürlicher Ressourcen könne zu Umsatzeinbußen führen. In Westeuropa waren es nur 20 Prozent.

Der UNO-Studie zufolge müssen sich die Unternehmen in Zukunft schon deshalb stärker auf den Ressourcen- und Artenschutz einstellen, weil sie sonst Kunden verlieren könnten. Rund 80 Prozent der befragten Konsumenten gaben an, sie würden aufhören, Produkte einer bestimmten Firma zu kaufen, wenn diese unethisch handle.

Im Herbst soll eine weitere Studie zu der Problematik veröffentlicht werden. *Kommentar Seite 8*

## Atomstrom bald unterm Hammer?

Röttgen: Zusatzmengen staatlich versteigern

Berlin (AFP/ND). Die Atomkraftwerksbetreiber werden womöglich die Erlaubnis zum Weiterbetrieb ihrer Reaktoren im Zuge der geplanten Laufzeitverlängerung ersteigern müssen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) äußerte sich in der »Financial Times Deutschland« (Dienstag) zustimmend zu entsprechenden Ideen. Röttgen bezog sich auf ein Positionspapier des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) vom März, in dem eine Versteigerung der zusätzlichen Atomstrommengen nach dem Vorbild von Mobilfunkauktionen angeregt worden war. Bei einer achtjährigen Laufzeitverlängerung rechnet das RWI mit einer versteigerungsfähigen Zusatzstrommenge im Wert von mindestens 56 Milliarden Euro.

Scharfe Kritik an der Idee übten Opposition und Atomkraftgegner. Der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, und deren atompolitische Sprecherin Sylvia Kotting-Uhl warfen der Regierung vor, sie wolle »Roulette spielen, um Löcher in der Staatskasse zu stopfen«. Die energiepolitische Sprecherin der Linkspartei, Dorothee Menzner, sprach von »vor-sätzlicher Gefährdung« und warnte den Staat davor, seinen Einfluss auf die Atomindustrie abzugeben. Auch die Initiative Ausgestrahlt und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) warnten vor einer Versteigerung. *Kommentar Seite 8*

## Kurz

### Burka-Verbot

Paris (dpa). Das Burka-Verbot in Frankreich rückt näher. Die Nationalversammlung in Paris nahm das Gesetz am Dienstag mit großer Mehrheit an. Die Billigung durch den Senat nach den Sommerferien gilt als sicher. Mit dem Gesetz will die Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy das Tragen von Vollschleiern in der Öffentlichkeit komplett untersagen.

### Obama im Tief

Washington (dpa). Sechs von zehn potenziellen Wählern trauen US-Präsident Barack Obama nicht mehr zu, die richtigen Entscheidungen für das Land zu treffen, ergab eine Umfrage der »Washington Post« und des Fernsehsenders ABC. Das sei ein neues Tief.

### Spendenaffäre

Paris (dpa). Nach heftiger Kritik an einem möglichen Interessenkonflikt gibt der in eine Spendenaffäre verwickelte französische Arbeitsminister Eric Woerth seinen Posten als Schatzmeister der Regierungspartei auf. *Seite 3*

### Mehr Mieterrecht

Karlsruhe (dpa). Bei der Frist für Mietzahlungen bis zum dritten Werktag eines Monats zählt der Samstag nicht mit. Das hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Dienstag entschieden. Er stärkt damit die Rechte von Mietern.

